



Den Sozialstaat verteidigen und dem entfesselten Neoliberalismus Einhalt gebieten!



an

die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien

Entschließung der „Gilde Soziale Arbeit e.V.“ zu aktuellen politischen Entwicklungen.

**Einstimmig verabschiedet im Rahmen der Mitgliederversammlung am
13.05.2026 in Bielefeld.**

Die Regierung hält es offensichtlich für gerecht, im Rahmen der Gesundheitsreform Menschen mit niedrigen Einkommen ebenso zu belasten wie Gutverdienende und hochprofitable Pharmakonzerne. Stattdessen verlangt das Gebot der Sozialstaatlichkeit, dass die Gesundheitskosten von Menschen, die Transfergeld (wie z.B. Grundsicherung) beziehen, von *allen* Steuerzahlenden als Solidargemeinschaft getragen werden.

Von einem Willen zur Umverteilung von Reichtum ist wenig zu spüren - abgesehen von einer bescheidenen Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die aber durch die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags ausgeglichen werden soll, von einer Vermögensteuer ganz zu schweigen!

Zwar hat die EU eine Anti-Armutstrategie entwickelt - mit dem Ziel, bis 2030 die Anzahl der von Armut Betroffenen auf 15 Millionen zu reduzieren und bis 2050 die Armut in der EU vollständig zu überwinden. Mit Blick auf die aktuelle Regierungspolitik erscheint dies völlig unrealistisch. Armut und sozioökonomische Ungleichheit werden vielmehr verschärft und nehmen massiv zu!

Grund sind die bestehenden Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen, die die Kluft zwischen Arm und Reich durch falsche politische Weichenstellungen vertiefen. Die strukturellen Zusammenhänge bleiben völlig unangetastet, deshalb ändert sich nichts an der sozialen Ungerechtigkeit!

Das neoliberale Denken der Regierenden zeigt sich auch am Beispiel des Gebäudeenergiegesetzes. Mieter_innen müssen vor allem deshalb entlastet werden, weil die Regierung sie vorher mit ihrem Freibrief für fossile Brennstoffe selbst bei neu eingebauten Heizungen zur Kasse bitten will.

Ähnliches findet sich in den Politikbereichen Kinder, Jugendliche und Familien, Menschen mit Behinderungen, Rente und Pflege, sowie Klimaschutz und Rüstung.

„Wer über den Reichtum nicht sprechen will, sollte auch über die Armut schweigen. Und wer den Reichtum nicht antasten will, kann auch die Armut nicht erfolgreich bekämpfen.“ (Christoph Butterwegge in der Frankfurter Rundschau vom 11.05.2026)

Armut bekämpft man nicht mit noch mehr Geld für die Reichen. Umverteilung darf nicht von unten nach oben stattfinden. Die Armutsbekämpfung darf nicht denjenigen übertragen werden, die für das Entstehen der Armut verantwortlich sind!

Es ist falsch und für die Demokratie gefährlich, wenn die Reichen darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickelt!

Für die Bekämpfung der Armut ist der Sozialstaat zuständig.

Die Armut der einen ist der Reichtum der anderen.

Das eigentliche Problem ist die sozioökonomische Ungleichheit, Armut ist nur deren verheerendster Ausdruck.

Während arme Erwachsene als „unwürdige Arme“ in der Öffentlichkeit stigmatisiert und diffamiert werden, begegnet man Kindern, quasi als Prototyp der „würdigen Armen“, noch mit Empathie. Dabei sind Kinder arm, weil ihre Eltern arm sind!

Aus diesem Grund muss man beim Niedriglohnsektor und den Wohnungsmieten ansetzen, dem Haupteinfallstor für Familien-, Kinder- und spätere Altersarmut, anstatt über Kürzungen des Wohngelds und der Leistungen für Menschen mit Behinderungen zu fabulieren.

Die Mitglieder der Gilde Soziale Arbeit fordern die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien auf, soziale Ungleichheit und Armut nicht mit den Mitteln zu bekämpfen, die diese verursachen und verstärken!

Neoliberale und rechtspopulistische Politiken gefährden die Demokratie in ihrer liberalen und pluralen Substanz. Demokratie ist mehr als ein politischer Mechanismus. Demokratie als gesellschaftliche Ordnung bedeutet Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz, Pressefreiheit, Gewaltenteilung, unbedingte Achtung der Menschenwürde und Durchsetzung der Menschenrechte.

Deshalb fordern wir die Gesetzgeber_innen auf den Sozialstaat zu stärken, anstatt ihn auszuhöhlen!

Wir fordern eine Politik, die dafür Sorge trägt, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen!

Wir fordern die Beteiligung wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur_innen im Sinne der Stärkung des Sozialstaates und der Demokratie!

A caring Democracy is caring for Democracy!